

Die Demokratie steht unter Druck

Tom Werner vom Projekt „Gewalt geht nicht“: Die Grenzen der Gewalt verschieben sich

Schwalm-Eder – Für Tom Werner ist mit den Ereignissen in Halle eine neue Stufe der rechtsradikalen Gewalt erreicht. Werner ist Leiter des Projekts „Gewalt geht nicht“, das der Schwalm-Eder-Kreis 2008 nach ersten leidvollen Erfahrungen mit diesem Thema eingerichtet hatte.

Dessen Ziel: Zusammen mit Vereinen und Verbänden die Toleranz, Vielfalt und Demokratie zu stärken und im Gegenzug den Rechtsextremismus zu schwächen. Der aber sei kein neues Phäno-

men: Die Attentate in den 1990er-Jahren, die NSU-Morde vor 15 Jahren, der Mord an Dr. Walter Lübcke in diesem Sommer belegten das. Das Attentat in Halle aber zeige deutlich, dass sich die Grenzen der Gewalt immer weiter verschoben. „Mitten am Tag in voller Kampfmontur durch die Stadt zu gehen – das muss man sich erst einmal trauen.“ Und genau wie die Gewalt zunehme, steige der Rassismus im Alltag in dem Maße, in dem auch die Verrohung der Sprache zunehme. Die belei-



Tom Werner
Projektleiter

digenden „Hate speeches“ (Hasstiraden) im Internet seien ein gutes Beispiel dafür. Die Grenzen also fallen – auch die des Vorstellbaren. Erlebt denn der Rechtsextre-

mismus gerade ein neues Selbstverständnis, eine Art öffentliche Legitimation?

Tom Werner zögert, weist darauf hin, kein Experte für Rechtsradikalismus zu sein, sondern Netzwerker in Sachen Demokratie. Gerade deshalb aber sehe er auch, dass die Demokratie immer mehr unter Druck stehe: Selbst in der Mitte der Gesellschaft bröckele die Unterstützung. Deshalb sei es wichtig, dass die Zivilgesellschaft couragiert reagiere: Jeder Einzelne müsse sich fragen, ob er

Flagge zeige und Gegenposition beziehe, wenn es um rechtspopulistische Thesen gehe.

Und das sollte man möglichst früh erlernen. Die Themen Rassismus und Antisemitismus müssten nicht erst ab der zehnten Klasse, sondern viel früher in den Schulen behandelt werden.

„Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Aber wir müssen wehrhaft sein gegenüber all jenen, die die Demokratie aushöhlen und abschaffen wollen.“ DTA FOTO: KREISVERWALTUNG